Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto: Köln 13503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (95 mm breit) 1 Mk. im Reklameteil (75 mm breit) 4 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 4 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr 37. Montag, den 14 Februar 1921. 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

Der britische Botschafter in Berlin schlägt eine internationale Anleihe für Deutschland vor.

Da der Verband kein Beweismaterial gegen die von ihm beschuldigten „Kriegsverbrecher" beibrachte, hat Deutschland die belgische, französische und englische Regierung ersucht, deutsche Vertreter vor den dortigen Gerichten zu empfangen, um die Frage zu klären.

Minister Loucheur erklärte einem amerikanischen Pressevertreter, daß gar nicht beabsichtigt sei, Deutschland eine Ausfuhrtaxe von 12 Prozent aufzuerlegen, es handle sich nur um ein Berechnungsmittel für den Verband.

Der „Tempo" meldet, daß die bisher von Deutschland gezahlten 20 Milliarden Goldmark für Belagerungskosten usw. verwendet und daher nur die ab 1. Mai laufenden Jahreszahlungen nicht in Anrechnung kämen.

Nach neuesten Ermittlungen beträgt die Stärke der an der deutsch-polnischen Grenze zusammengezogenen polnischen Truppen 120 000 Mann.

Die japanische Kammer lehnte einen Gesetzentwurf, der die Herabsetzung der Rüstungen verlangte, mit großer Stimmenmehrheit ab.

Von unterrichteter Seite wird gemeldet, daß noch 25 000 Mann farbiger Truppen im besetzten Rheinlande vorhanden sind.

Aus dem Reiche.

Der nationale Trauertag.

Berlin, 14. Febr. Der Antrag der Regierungsparteien auf Einführung eines nationalen Trauertages wird im Reichstage, wie wir hören, in einer der ersten Sitzungen nach den Wahlen beraten werden. Der Volksentscheid hat ja sich für den 6. März in diesem Jahre entschieden. In Zukunft soll als Trauertag der erste Märzsonntag gelten.

Einberufung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 12. Febr. Minister Simons hat gestern den Vorsitzenden des wirtschafts-politischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Direktor Hans Krämer, ersucht, den Vorsitz in dem deutschen 15er Ausschuß zur Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge in der Reparationsfrage zu übernehmen. Ferner erfahren wir, daß das Plenum des Reichswirtschaftsrates auf den 23. Februar einberufen ist. Voraussichtlich wird am 24. Februar Minister Simons im Reichswirtschaftsrat sich ausführlich zur Sache äußern. Der Fünfzehnerausschuß selbst hält seine nächsten wichtigeren Sitzungen am 17. und 18. Februar ab.

Die Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 14. Febr. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, wird dort zurzeit ein Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Arbeitslosenversicherung vorbereitet. Bekanntlich hat die Regierung im vorigen Jahre dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vorgelegt. Die ungünstige Entwicklung, die der Arbeitsmarkt seit dem Sommer des vorigen Jahres genommen hat, hat dann aber Anlaß dazu gegeben, diesen Entwurf zunächst zurückzustellen, weil die streng versicherungstechnischen Grundsätze, wonach der Entwurf aufgestellt war, mit dem unübersehbaren Risiko der Arbeitslosigkeit und mit der Art ihrer örtlichen Verteilung bis auf weiteres nicht vereinbar schienen. Der Reichsarbeitsminister läßt sich dann von der Reichsregierung ermächtigen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der den ganz ungewissen Bedingungen der Uebergangszeit gemäß nur eine vorläufige Regelung bringen soll. Der Entwurf wird von den Grundsätzen der Arbeitslosenversicherung alles das zu verwirklichen suchen, was sich mit diesen besonderen Bedingungen verträgt und wird insbesondere die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tätiger Mitverantwortung heranzuziehen suchen. In seinem organisatorischen Aufbau wird er sich eng an den Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes anschließen. Es ist zu hoffen, daß der Entwurf schon im März mit den Reichsressorts, den Ländern und Interessenten erörtert werden kann.

Dr. Simons Rede in Stuttgart.

Die Pariser Mißtrauen.

Reichsministers des Aeußeren Dr. **Simons** sprach gestern vormittag in Stuttgart vor mehreren tausend Personen, darunter württembergischen Ministern, Vertretern aller Organisationen der Beamten und Arbeiterschaft, des Handels, der Industrie usw. über die

politische Lage.

Minister Simons führte aus, daß die nähere Prüfung der Pariser Beschlüsse das in seiner Reichstagsrede gefällte Urteil bestätigt hätte. Es sei auffallend, daß weder Lloyd George noch Briand oder Graf Sforza in den threrseits bekannt gewordenen Reden über die Beschlüsse den Versuch gemacht hätten, aus dem Material der Brüsseler Konferenz nachzuweisen, daß Deutschland zur Zahlung der ungeheuerlichen festen Annuitäten von 6 Milliarden Goldmark jährlich fähig sei. Man habe die deutschen Leistungen nicht finanztechnisch u. wirtschaftstechnisch zu begründen versucht, sondern nur phantasierte Ziffern über die Höhe des deutschen Exports genannt. Ueber die

12prozentige Abgabe vom deutschen Export

seien verschiedene zum Teil in völligem Widerspruch stehende Ansichten geäußert worden. Diese Abgabe sei **unvereinbar** nicht nur mit den Interessen der deutschen Wirtschaft, sondern mit denen des europäischen Verkehrs überhaupt. Die bisherige Debatte habe klar ergeben, daß die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages die unzweifelhafte Aufgabe des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten, sondern durch neue Bestimmungen ersetzt werden müßten. Da die Hauptlast der Aufgabe auf die deutschen Schultern falle, sei es nötig, Deutschlands freiwillige Zustimmung zu gewinnen.

Die deutschen Gegenvorschläge

würden zeigen, daß Deutschland die Pflicht, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit für die Kriegsschäden zu arbeiten, ernst nimmt. Sie würden nicht mit phantastischen Ziffern prunken, aber praktisch durchführbar sein. Eine große Anleihe zum Zwecke des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete sei nur erreichbar, wenn man eine große Anzahl der Bestimmungen des Friedensvertrages durch einfache und klare finanzielle Vorschläge ablöse. Weiterhin bedürfe es einer Verständigung über die Bedingungen, unter welchen der deutsche Export weiterwerden könne, ohne das Wirtschaftsleben zu gefährden. Die 12prozentige Abgabe sei dazu ungeeignet. Man solle dazu die Industriesachverständigen der beteiligten Länder in unmittelbare Verhandlungen eintreten lassen. Natürlich müßten die technischen Probleme des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete angefaßt werden. Frankreich und Belgien lehnen jede technische Mitarbeit ab, ohne selbst imstande zu sein, bei dieser Aufgabe zu helfen. Deutschland biete mehrere nützliche seine Hilfe an. Es wolle weder Baugewinne noch sonstige Gewinne machen. Es habe die Absicht, die ungeheuren Summen zu zahlen und zu verzinsen für die Arbeiten, die es bereits mit sehr viel geringeren Kosten hätte ausführen können. Hätte man die Brüsseler Probleme zuerst verwirklicht, so wäre es vielleicht möglich gewesen, auch der sogenannten Seydoux'schen Vorschlägen zu einer vorläufigen Regelung der deutschen Schuldsumme zu gelangen. Jetzt sei es unmöglich, weil Deutschland

ungeheure Zahlen von Milliarden Goldmark

herausfordern sehe wie ein Gespenst. Die Erkenntnis unserer Gegner, daß die Exportabgabe einer Neuordnung bedürfe, bilde einen Aktivposten in unserer Bilanz der Pariser Konferenz. Auf der Londoner Konferenz werde noch die Lage auf dem Orient für die Regelung der Reparationsfrage und des Wiederaufbaus nachteilig wirken. Das Problem der Reparation werde nicht großzügig genug aufgefaßt. An die Stelle der Straf- und Konkurrenzbedingungen müßte der Gedanke der Hilfe und Solidarität treten.

Die mehr als einstündige Rede Dr. Simons wurde oft von stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochen. Als der Minister mit der Aufforderung um Unterstützung der Regierung und seiner Person schloß, erntete er allseitig starke Zustimmung.

Verbandsverzicht auf die Ausfuhrtaxe?

Erklärungen Loucheurs an Amerika.

Wiederaufbauminister **Loucheur** befindet sich augenblicklich in Amerika. Einem Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Preß" zu einer Unterredung über die amerikanischen Beschwerden gegen die Deutschland auferlegende Ausfuhrtaxe. Er gab dabei Erklärungen ab, die gewiß Aufsehen erregen werden. Er sagte:

„Es scheint, daß die Bestimmungen der Pariser Vereinbarung über die veränderlichen Jahresraten mißverstanden worden seien. Es stand **niemals in Frage, Deutschland auf eine Ausfuhrtaxe von 12 Prozent zu verpflichten.** Man habe die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands untersucht. Da seine Zahlungen in fremder Münze geleistet werden sollen, so ist es natürlich, daß die Gesamtsumme der deutschen Ausfuhr dabei in Betracht gezogen werden mußte. Man hat also die Jahresleistungen in zwei Teile geteilt; der eine ist ein Minimum, das festgesetzt wurde und vielleicht (?!) sogar niedriger ist als das, was die amerikanischen Sachverständigen während der Friedenskonferenz in Aussicht genommen hatten. Der zweite Teil ist die sogenannte **veränderliche Jahresleistung.** Um sie zu berechnen, wird am Ende eines jeden Halbjahres von der Gesamtsumme der deutschen Ausfuhr 12 Prozent berechnet.

Es handelt sich also lediglich **um ein Berechnungsmittel** für eine Jahresleistung, die sich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands anpaßt.

Alle Sachverständigen der Friedenskonferenz waren stets der Meinung, daß man die Zahlung eines Teiles der Schuldsumme, die über ein gewisses Minimum hinausgeht, mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im Einklang bringen müsse, und sie haben stets erklärt, daß eines der besten Zeichen für die wirtschaftliche Entwickelung die Ausfuhrziffer sei. Mit einem Wort: **keine Ausfuhrtaxe, sondern ein einfaches Berechnungsmittel. Jede andere Auslegung, die durch die deutsche Presse gegeben wurde, ist tendenziös."**

* —

Zunächst einmal: Die bösen Deutschen haben nicht das Pariser Programm böswillig mißdeutet. In dessen Wortlaut war ganz klar von einer Ausfuhrtaxe und der hierfür nötigen Kontrolle die Rede, die ersten französischen Pressekommentare, die lange vor den deutschen erschienen, sprachen triumphierend davon, die neutrale Presse verstand es auch nicht anders, und schließlich haben es die amerikanischen Finanzleute, deren Beschwerden die jetzige „Auslegung" des Herrn Loucheur veranlaßt haben, vor Kenntnis der deutschen Pressedarführungen auch schon so aufgefaßt. Erst nach dem Bekanntwerden des **amerikanischen Einspruches**, daß die Ausfuhrtaxe eine unzulässige Kontrolle und Behinderung des freien Handels Amerikas mit Deutschland bedeute, haben zuerst das **italienische** Konferenzmitglied Giannini, dann der italienische Außenminister Sforza, und jetzt endlich auch Herr Loucheur die Auslegung gewechselt.

Herr Loucheur erklärt nun, es sei niemals beabsichtigt gewesen, 12 Prozent des gesamten deutschen Ausfuhrwertes als Taxe wegzusteuern. Die ganzen vorgesehenen Kontrollmaßnahmen einschließlich dem Generalzeichnungsrecht dienen bloß der Wertberechnung der deutschen Ausfuhr. Ist deren Endziffer halbjährig festgestellt, so werden 12 Prozent davon der deutschen Zahlungspflicht zugeschrieben. Ob der Verband dabei beabsichtigt, die durch die Ausfuhr sich ansammelnden Auslandsdevisen als Garantie zu beschlagnahmen, bleibt unerwähnt. Ganz einfach wäre das nicht, weil es im Versprechen mit dem inzwischen z. B. von England und Belgien ausgesprochenen Verzicht stände, die seit Friedensschluß im Ausland neu entstehenden Privatguthaben zu beschlagnahmen.

Die bayrische Note in Berlin.

Keine Veröffentlichung.

Wie wir aus München hören, soll mit einer Veröffentlichung der nach Berlin am Freitag abend abgesandten Note von Montag früh nicht gerechnet werden. Man erwartet, daß die Note in Berlin erst geprüft wird, ehe in Berlin und München ein Termin für die Veröffentlichung vereinbart wird. In politischen Kreisen wird neuerdings die Ansicht laut, daß unter Umständen die Veröffentlichung der Note überhaupt unterbleiben werde.

Diese Ansicht teilt u. a. auch die Deutsche Allgemeine Zeitung, die von einer Uebermittelung der Note der bayrischen Regierung über die Einwohnerwehren in Bayern am Sonnabend an die Reichsregierung berichtet. Da sie vertraulich behandelt wird, soll ihre Veröffentlichung also erfolgen.

Erkrankung von Kahrs.

München, 14. Febr. Der bayerische Ministerpräsident ist seit Donnerstag erkrankt und muß das Bett hüten. Es scheint sich um einen Grippenanfall zu handeln.

Internationale Anleihe für Deutschland?

Lord d'Abernons Bemühungen.

Berlin, 13. Febr. Der Berliner Vertreter der „Finanziel News" hat seiner Zeitung mitgeteilt: Ich hoffe, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich mitteile, daß der englische Botschafter in Berlin Lord d'Abernon untersucht, ob die Lage in Deutschland zur Zeit geeignet sei, das Vertrauen für eine anzunehmende Anleihe zu rechtfertigen. Wenn dieser Plan verwirklicht würde, dann wäre es eine gründliche und elegante Lösung der Schwierigkeiten, die jetzt die Sachverständigen beschäftigen. Alle neutralen Länder könnten unterschreiben, denn sie leiden alle unter dem Goldüberfluß. Wo eine Krise vorhanden ist, entspricht sie nicht durch den Mangel am Geld, sondern ist auf den geringen Geldverkehr zurückzuführen. Holland, die Schweiz, Dänemark und die Vereinigten Staaten, alle Länder leiden unter dem gleichen Uebel: Zuviel Kapital'en, zu wenig Handel. Eine internationale Anleihe wäre die wirtschaftliche Erneuerung der Welt.

Der Verband verbietet Oesterreichs Anschluß.

Wien, 14. Febr. Im Verfassungsausschuß berichtete Bundeskanzler Mayr über die Haltung des Verbandes zur Anschlußfrage. Wie die Mächte erklärten, bestätigten seine vertraulichen Mitteilungen, daß der Verband, gestützt auf den Friedensvertrag von St. Germain (?) sich energisch gegen den Anschlußgedanken ausgesprochen und für den Fall der Nichtbeachtung ihrer Warnung mit Strafmaßregeln gedroht habe.

Der Feindbund hat gar kein Recht, die Abstimmung über den Anschluß zu verbieten oder gar mit Strafen zu beantworten. Es steht dem österreichischen Volk vollkommen frei, abzustimmen und das Ergebnis dem Völkerbund vorzulegen. Der Vertrag von St. Germain sieht nur vor, daß der Völkerbund dann den Anschluß **einstimmig genehmigen** müsse, d. h. eine gegnerische Stimme Frankreichs kann dann, aber dann erst, den Anschluß verhindern. Frankreich ist die Abstimmung natürlich sehr unbequem, denn nach ihrem unbezweifelbaren Ausgang müßte sich Frankreich dann offen gegen **ein nationales Selbstbestimmungsrecht** stemmen, es müßte seine eigenen Kriegsphrasen von Recht und Gerechtigkeit Lügen strafen. Das will es, wenn irgend möglich, vermeiden, und es versucht zweifellos alle möglichen diplomatischen Duertre bereits gegen die Abstimmung. Aber das österreichische Volk darf sich nicht täuschen lassen. Strafmaßregeln bloß wegen der Abstimmung sind vollständig ausgeschlossen. Bundeskanzler Mayr hat auch kürzlich erst erklärt, die Regierung, die in hundert Lebensfragen vom Verband abhängig sei, müsse sich in der Abstimmungsfrage Reserve auferlegen, aber er gab den sehr deutlichen Wink, es sei Sache des Nationalrates, die Abstimmung zu betreiben und durchzuführen.

Oberschlesien.

Berlin, 13. Febr. Wie der Tägl. Rundschau aus Mexiko die dortige deutsche Kolonie mitteilt, hat der Rat des Verbandes deutscher Reichsangehöriger in Mexiko an die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Abteilung Oberschlesier im Ausland, zu Berlin, ein Kabeltelegramm gesandt, in dem es heißt: „Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Oberschlesien unbedingt bei Deutschland bleiben muß, erwarten alle hier ansässigen Oberschlesier sowie die gesamte deutsche Kolonie Mexikos freudeutsche Pflichterfüllung aller Stimmberechtigten zur Erreichung des erstrebten Ziels."

Berlin, 13. Febr. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In einem Teil der polnischen und französischen Presse ist aus Anlaß eines Waffenfundes in Deutheu die Behauptung aufgestellt worden, daß die gefundenen Waffen militärischen Depots in Beuthe entstammen und von Angehörigen der Wehr [illegible] worden sind. Der [illegible]

Kundschaften haben ergeben, daß diese Befürchtungen in vollem Umfange eingetroffen sind.

Dessau, 14. Febr. Mit welchen Schikanen die Polen unter Duldung der Interalliierten Kommission arbeiten, um den Oberschlesiern im Reiche die Abstimmung unmöglich zu machen, zeigt folgender Fall: Das Abstimmungskomitee in Breslau verweigert einem hiesigen Kaufmann, aus dem Kreise Rosenberg gebürtig, die Zulassung zur Abstimmung mit der Begründung, seine Photographie weise keine Aehnlichkeit mit den Bildern seiner Brüder auf, die dem Komitee ebenfalls vorliegen. Die Abweisung wird ferner damit begründet, der Kaufmann sei nach den Feststellungen des Abstimmungsausschusses seit 20 Jahren nicht in Oberschlesien gewesen, während er nachweislich alljährlich mehrere male seine Eltern in Oberschlesien besucht hat. Gegen den willkürlichen Entscheid ist natürlich sofort Beschwerde erhoben worden.

Eine Kundgebung des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Berlin, 14. Febr. In einer an den Reichstag und den Reichspräsidenten gerichteten Eingabe nimmt der Deutsche Industrie- und Handelstag in schärfster Form gegen die Entschädigungsnote des Verbandes Stellung und bezeichnet die Forderungen als eine sachliche Unmöglichkeit und Vergewaltigung des deutschen Volkes. Er fordert von der Regierung und Volksvertretung, daß sie einmütig und fest die Annahmeforderungen der Feinde ablehnen. „Wir tun dies", so heißt es in der Erklärung, „in voller Erkenntnis der möglichen Folgen, aber wir wissen uns eines mit den von uns vertretenen Kreisen, die der mannhaften und festen Regierung jede Unterstützung leihen werden."

Bremen, 14. Febr. Die Mitglieder des Bremer Wollhandels erklären in einer Entschließung, daß sie angesichts der dauernden schmachvollen Behandlung Deutschlands durch Frankreich alle Geschäfte mit Franzosen zurückweisen und auf französische Angebote nicht antworten wollen.

Einspruch gegen die Angabe von Binnenschiffen.

Bremen, 14. Febr. Nach dem Versailler Friedensdiktat soll Deutschland zum Ersatz der Verluste an Flußschiffahrtsraum, welche die Verbandsmächte während des Krieges erlitten haben, einen Teil seiner Binnenschiffahrtsflotte bis zur Höhe dieser Verluste abgeben. Jetzt wird gemeldet, daß für diese Abgabe von den Gegnern nur Schiffe mit Eisenböden über 500 Tonnen verlangt werden. Hiernach würde die Flußschiffahrtsflotte der Elbe oder Oder ausscheiden, weil dort nur Holzschiffe und Eisenschiffe mit Holzböden verkehren. Die Abgabeflotte soll nur mit 14 v. H. herangezogen werden. Die Schiffsabgabe für die sogenannte Mitbergungsmasse würde demnach zu fast 90 v. H. der Weser und den westlichen Flüssen zur Last fallen. Dadurch würde die Binnenschiffahrt in Nordwestdeutschland vollkommen lahmgelegt. So würde die Bremer Schleppschiffahrtsgesellschaft fast die Hälfte ihrer Flotte verlieren, und zwar die modernen und leistungsfähigsten Schiffe. Die Handelskammer Bremen hat neuen diesen verschiedenen Plan durch Telegramme an den Reichskanzler, den Minister des Auswärtigen, den Reichsverkehrsminister und den Reichswirtschaftsminister Einspruch erhoben und ersucht, durch eine entsprechendes Angebot von Schiffsneubauten der Weserschiffahrt ihre Existenz und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Handelskammer in Essen und die Vereinigung der niederschlesischen Handelskammern haben gleichfalls Einspruch erhoben.

Drohende Vernichtung der Weserschiffahrt.

Hannover, 11. Febr. Gegen die Bedrohung der nordwestdeutschen Binnenschiffahrt durch die neuen Reparationsforderungen hat die Vereinigung niedersächsischer Handelskammern durch eine Drohung an die Regierung Einspruch erhoben, in der es heißt: Nach Pariser Berichten werden zur Wiederherstellung nur Eisenschiffe mit Eisenboden über 500 Tonnen verlangt. Die Weser- und westliche Kanalflotte müßte fast 90 Prozent in drei Monaten abliefern. Das bedeutete für Nordwestdeutschland die Vernichtung der gesamten Schiffahrt und widerspräche völlige Brachlegung der Industrie. Die vereinigten niedersächsischen Handelskammern protestieren nachdrücklich gegen diese übermäßige Heranziehung ihrer Verkehrsgebiete und bitten durch Benthanvorschläge an den Feindbund einer Verminderung des deutschen Schiffsbestandes durch Ablieferung unbedingt entgegenzuwirken.

Wiederaufleben des deutschen Handels in Indien.

Stockholm, 14. Febr. Wie „Svenska Dagbladet" meldet, teilt das schwedische Generalkonsulat in London mit, daß die Wiederaufnahme des deutschen Handels in Indien begonnen habe. Man erwartet, daß sowohl die Hamburg-Amerika-Linie wie auch der Norddeutsche Lloyd binnen kurzem ihre Verbindungen mit Indien wieder aufnehmen werden. Auch amerikanische Handelsschiffe sollen binnen kurzem in den Dienst der in Frage kommenden Rhedereien gestellt werden.

Die Belastung des deutschen Arbeiters.

Berlin, 13. Febr. Professor Schücking errechnet, daß bei Zahlung von jährlich sechs Milliarden Goldmark auf den Kopf der deutschen Bevölkerung 100 Goldmark kommen. Eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen würde dadurch nach dem heutigen Stand der Valuta mit 6000 Mark belastet. Diese Steuer würde also von einem Arbeiter zu entrichten sein, der gegenwärtig in der Industrie im besten Falle 15 000 Mark verdient. Die Ungeheuren Lücken, die von den deutschen Schulden nicht vorgenommen werden, da es infolge der Steuergesetzgebung bald keine großen Vermögen mehr geben würde. Die Abgaben müßten daher auf die breiten Schichten verteilt werden. Wenn es richtig wäre, was Tardieu sagt, daß die Exportabgabe jährlich durchschnittlich 2 Milliarden Mark aufbringen könnte, so würde dies eine weitere Belastung der Arbeiterfamilie von jährlich 2000 Mark ausmachen. Die Unmöglichkeit, daß der deutsche Arbeiter von 15 000 Mark Lohn 6- bis 8000 Mark an die Entente jährlich zur Reparation abgeben kann, wird jedermann begreifen.

Eine Verleumdung des Berliner französischen Botschafters.

Paris, 13. Febr. Der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, der sich augenblicklich hier aufhält, erklärte einem Mitarbeiter des „Excelsior", es liege ihm nicht obliegen, daß Deutschlands Handel und Industrie sehr große Anstrengungen machen, um sich auf den Weltmärkten einen bevorzugten Platz zu erobern. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Wiederaufbauplane vermirklicht seien, da die Kräfte des Reiches sich in den Dienst der Nation gestellt hätten. Die Deutschen litten nicht unter Kohlenmangel (!). Sie besäßen so viel Kohlen, wie sie brauchten. Wenn sie klagten, daß es ihnen daran fehle, so täuschen sie sich. Die Deutschen übertrieben auch den Umfang der Transportkrise. Seiner Ansicht nach gehe die Politik in Deutschland seit einiger Zeit sehr stark nach rechts.

Unter französischer Knute.

Mainz, 13. Febr. Die beiden Beamten des Reichsvermögensamts, Abteilung Mainz, Bergmann und Ulrich, die der Aufforderung der französischen Ueberwachungsbehörde, Mittel für die Unterrichtsräume zu beschaffen, nicht nachgekommen waren, wurden heute vom französischen Kriegsgericht wegen Nichtbefolgung eines militärischen Dienstbefehls zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

25 000 farbige Franzosen am Rhein.

Berlin, 14. Febr. Von französischer Seite werden geflissentlich Nachrichten verbreitet, daß die farbigen Truppen aus dem Rheinland zurückgezogen seien. Diese Angaben sind durchaus unzutreffend. Wie die Deutsche Allg. Zeitung von unterrichteter Seite erfährt, befanden sich anfangs dieses Jahres noch 25 000 farbige französische Truppen, größtenteils Marokkaner und Algerier, außerdem Annamiten, Tonkinesen, Madagassen und über 200 Senegalneger unter den französischen Besatzungstruppen.

Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit wird die schwarze Pest natürlich sich noch weiter ausdehnen als Verkündiger der Kulturideale der ritterlichen Nation.

Französische Gewerkschaften gegen die 3. Internationale.

Paris, 11. Febr. Der Nationalrat des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes entschied in einer Entschließung, die mit 88 gegen 24 Stimmen angenommen wurde, die Frage des Austritts der C. G. T. aus der gewerkschaftlichen (2.) Internationale von Amsterdam nicht zu erwägen. Auch dem zukünftigen Gewerkschaftskongreß soll der Anschluß an die gewerkschaftliche (3.) Internationale von Moskau nicht anempfohlen werden. Dem diese gewerkschaftliche Organisation versuche, sich die politischen Parteien unterian zu machen, die sich der dritten Internationale angeschlossen hätten.

Forderungen der französischen Gewerkschaften.

Paris, 13. Febr. In der Tagesordnung, die der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) gefaßt angenommen hat, werden vor allen Dingen, nachdem jede Verständigung mit den Kommunisten abgelehnt wird, folgende Forderungen gestellt:

1. Gewerkschaftsrecht für Arbeiter und Beamte;
2. Gewerkschaftliche Arbeitskontrolle;
3. Nationalisierung der öffentlichen Dienste, der Dienstbetriebe und der Bodenreichtümer;
4. Wiederaufbau der ehemaligen Kampfzone und
5. obligatorische soziale Versicherung für Arbeitsunfälle, sowie Altersrenten.

Deutsche Lokomotivenlieferungen für Spanien.

Madrid, 14. Febr. Die spanische Regierung hat deutschen Firmen die Lieferung von 118 Lokomotiven, die vor Ende 1921 fertiggestellt sein sollen, übertragen.

Die Einwanderungsfrage in den Vereinigten Staaten.

Kopenhagen, 13. Febr. Nach einem Telegramm aus Washington hat der Einwanderungsausschuß des Senats einen vom Repräsentantenhaus angenommenen Gesetzesvorschlag verworfen, der einem völligen Einwanderungsverbot gleichkommt. Stattdessen hat der Senat eine Verordnung beschlossen, durch die vom April ds. Js. an die Einwanderung von fremden Nationen begrenzt wird auf jährlich 5 Prozent der Bevölkerungszahl, die von der betreffenden Nation in den Vereinigten Staaten von früher her ansässig ist. Ausnahmen können gemacht werden, wenn mit den Vereinigten Staaten Einwanderungsverträge abgeschlossen worden sind, ferner mit Kanada, Mittel- und Südamerika.

Deutsch-demokratische Partei.

Die erste öffentliche Wahlversammlung der Deutsch-demokratischen Partei Geestenberg fand am Samstag abend im Hotel „Zur Hause" statt. Als stelle des leider verhinderten ehemaligen Ministerpräsidenten von Mecklenburg Sivkowitz sprach Reichstagsabgeordneter Ziegler-Siegen. In klarer verständnisvoller Weise behandelte Redner die neuesten Forderungen der Entente in der Note vom 29. Januar dieses Jahres. Ziegler führte ungefähr folgendes aus: Wir sind in Deutschland wieder einmal an einem Zeitpunkt angelangt, wo wir Holz machen müssen. Der Weg des deutschen Volkes führte von einer Leidensstation zur anderen, durch Not und Elend. Ich erinnere zunächst an Compiegne (Waffenstillstand). Dem folgte der Tag von Versailles, dann Spaa, nach Spaa kam Brüssel und dann sollte Genf kommen. Genf ist ausgeblieben und statt dessen kam Paris. Die nächste Station wird London sein. Eine große schwere Last lag bisher auf uns, die nun durch die neuen unerhörten Forderungen ganz erheblich verschärft wird. Die übernommenen Entwaffnungsbedingungen haben wir nach bestem Können ausgeführt und werden sie restlos durchführen. Schon in normalen Zeiten würde die Zulassung von Waffen in der Hand einzelner Bevölkerungsteile schädlich sein. Heute, wo wir uns in anormalen Zuständen befinden, darf nur derjenige Waffen tragen, dem das Gesetz dazu das Recht gibt, sonst ist die Existenz des Volkes als Staatsganzes auf das ernsteste gefährdet. Noch Explosionen, die wir genug gehabt haben, trägt das deutsche Volk kein Verlangen mehr. Die Reparationsforderungen unserer Feinde entbehren aller demokratischen Grundsätze und Tendenzen. Die verlangte Entschädigungssumme von 226 Milliarden in Goldmark stellt eine unerhörte Forderung dar. Ueber solche Forderungen kann man nicht verhandeln. Sie bezwecken, das deutsche Volk auf Generationen in die Sklaverei zu führen. Die Gegenseite soll ruhig den Konturs übernehmen und sie wird sehen, wie weit sie kommt. Und wenn in dieser ernsten Situation der Vorsitzende der Deutschdemokratischen Partei Petersen dazu aufgefordert hat, die Einheit und die Geschlossenheit des Volkes in den Vordergrund treten zu lassen, so ist das nur zu begrüßen. Die demokratische Partei wird den Wahlkampf so sachlich wie möglich führen. Mit der Burgfrieden indes von anderen Parteien nicht gehalten, dann werden wir natürlich den Wahlkampf in derselben Weise führen, wie die anderen Parteien. Die Entscheidung am 20. Februar ist von großer Bedeutung. Große ernste Fragen stehen auf dem Spiele. Es wird sich zeigen, ob durch die Entscheidung am 20. Februar die Entwicklung vorwärts oder rückwärts geht. Einen anderen Weg als den der demokratischen Entwicklung können wir nicht gehen. Verstärkung der Reaktion von rechts oder links bedeutet den Bürgerkrieg. Wenn die deutschen Männer und Frauen sich dieser Gefahr bewußt sind, dann werden sie am 20. Februar ihre Entscheidung entsprechend fällen und ihre Stimme der Deutschdemokratischen Partei geben. Reicher Beifall belohnte die Ausführungen des Redners. — Hierauf nahmen als 2. Redner des Abends der Spitzenkandidat der Landtagsliste, Landgerichtsrat Dr. Höpker-Aschoff aus Bochum das Wort. Seine gedankenreichen Ausführungen über den Ausbau des Reiches und Preußens Aufgabe waren getragen von tiefgründiger Sachkenntnis aller Fragen. Redner betonte zunächst die Notwendigkeit an der Festhaltung der demokratischen Grundsätze. Der Kampf um die republikanische Staatsform fordert den Zerfall des Reiches. Kapp-Putsch und die unzähligen Streiks sind die besten Beweise. Die Rechte behauptet immer wieder, daß sich die Führer der Republik im Gegensatz zu der Monarchie als nicht fähig erwiesen haben, vergessen aber ganz die Verhältnisse. Weiter wird gesagt, die große deutsche Geschichte ist das Volk der Monarchen. Friedrich der Große hat einmal die passenden Worte geprägt: „Die Monarchie ist

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

16) (Nachdruck verboten.)

„Ich habe wohl ein Recht dazu. Durch Sie bin ich in diese unglückselige Geschichte verwickelt worden, und Sie werden es begreiflich finden, wenn ich nun lebhaftes Verlangen trage, sie aufgeklärt zu sehen."

Der Besucher knöpfte langsam und umständlich seinen Rock auf.

„Es tut mir leid, wenn ich Sie enttäuschen muß," sagte er trocken. „Wenn ich die Polizei auf die Spur des Täters hätte bringen können, hätte ich nicht bis heute damit gewartet, mein Herr! Wollen Sie mir gestatten, Ihnen den Zweck meines Kommens auseinanderzusetzen."

Heinz machte eine ungeduldige Handbewegung.

„Ich bitte darum!"

Aber der Rechtsanwalt hatte es durchaus nicht so eilig wie Hollfelden. Er setzte sich erst umständlich zurecht und fächelte sich mit dem Taschentuch Kühlung zu, bezeichnende Blicke auf das Feuer im Ofen werfend, ehe er begann.

„Zunächst," sagte er langsam, „zunächst muß ich Sie noch einmal daran erinnern, daß ich Rechtsanwalt bin. Ich komme nicht etwa aus eigenem Antrieb zu Ihnen, sondern lediglich in der erwähnten Eigenschaft, als Vertreter eines Klienten. Ich bitte, das freundlichst nicht vergessen zu wollen. Ich persönlich habe gar kein Interesse an der Angelegenheit."

„Wer sind Ihre Auftraggeber?" fragte Heinz rasch.

„Ihre Namen haben keine Bedeutung," sagte der Rechtsanwalt abwesend. „Und ich bin nicht befugt, sie zu nennen. Im übrigen habe ich die weitestgehenden Vollmachten."

„Ihre Auftraggeber werden vielleicht in kurzem gezwungen werden, sich zu erkennen zu geben."

Berger ignorierte die Drohung in Hollfeldens Worten.

„Mein Auftrag an Sie, Herr Hollfelden," sagte er so ruhig und so langsam und so trocken, wie er vorher gesprochen hatte, „mein Auftrag an Sie ist etwas delikater Natur. Er hat keinen Zusammenhang mit jenem Verbrechen, über das Sie von mir Aufklärung erwarten. Gar keinen Zusammenhang. Mein Auftrag ist, gewisse Papiere zurückzugewinnen, die aus den Effekten des Herrn Otto Martens entwendet wurden — in der bewußten Nacht."

Hollfelden wurde leichenblaß. Aber er verlor seine Haltung nicht.

„Warum wenden Sie sich nicht an die Polizei?"

„Ich komme von der Polizei, Verehrtester! Natürlich habe ich die sorgfältigsten Erkundigungen eingezogen, ehe ich mich entschloß, Sie damit zu behelligen. Ich habe mich sowohl über die Ereignisse der Mordnacht genau informiert," er hüstelte wieder leicht, „als ich mich vergewisserte, daß sich jene Papiere nicht unter den Effekten des Ermordeten" er sprach das Wort so, als habe es etwa dieselbe Bedeutung wie „Herr Regierungsrat" oder „Herr Kommerzienrat", „des Ermordeten" vorgefunden haben. Sie müssen nun, wie gesagt, in der Mordnacht entwendet worden sein."

Hollfelden neigte sich vor. Er fühlte den Schlag seines Herzens zum Halse.

„Und die Natur dieser Papiere?"

Der Rechtsanwalt zog die Augenbrauen hoch.

„Darüber brauchen wir nicht zu reden," sagte er. „Um es kurz zu machen: ich bin befugt, für die Wiederverlangung der Papiere zwanzigtausend Mark zu zahlen."

„Warum nicht für die Entdeckung des Mörders? Das wird auf dasselbe hinauskommen, denke ich."

Berger machte eine Bewegung leichter Ungeduld.

„Keineswegs," sagte er. „Ich fürchte, mich nicht klar genug ausgedrückt zu haben. Mein Klient nimmt kein Interesse an Herrn Otto Martens, ob er nun lebte oder tot ist. Sein Interesse beginnt und endet bei den Papieren."

„Aber ist es denn nicht sicher," beharrte Heinz, „daß der Dieb und der Mörder ein und dieselbe Person sind? Ihr Klient hätte sich sofort an die Polizei wenden müssen. Der Diebstahl dieser anscheinend so kostbaren Papiere hat doch aller Wahrscheinlichkeit nach das Motiv zu dem Mord gegeben. Und die Kenntnis dieses wichtigen Umstandes kann der Polizei wohl zur Auffindung des Täters verhelfen."

„Mein Klient hat kein Interesse an der Auffindung des Täters," erwiderte der Rechtsanwalt gelassen. „Der Mord geht ihn nichts an, ob er nun an [illegible] oder Schulze begangen wurde. Er wünscht lediglich die Papiere zu erhalten."

„Wenn er ein Anrecht darauf hat, sollte er die Belohnung öffentlich ausschreiben. Vielleicht hilft ihm das zum Ziel."

„Ich glaube kaum. Ich wiederhole also noch einmal: mein Klient wäre bereit, für die Papiere zwanzigtausend Mark zu zahlen. Ohne den augenblicklichen Besitzer, von dem er sie erhalten würde, weiter zu belästigen."

Hollfelden starrte ihn einen Augenblick verständnislos an. Dann rötete sich sein Gesicht langsam, und es blitzte in seinen Augen auf.

„Gestatten Sie mir, einige Fragen zu stellen," sagte er langsam und anscheinend ganz ruhig. „Sie sagten vorhin, daß Sie sich über die Ereignisse der Mordnacht genau informiert haben?"

„Ganz recht."

„Und es ist Ihnen dabei vermutlich der Gedanke gekommen, daß ich in irgendwelchen Beziehungen zu Herrn Otto Martens gestanden habe?"

Wieder das leise, diskrete Hüsteln.

„Vielleicht habe ich in der Tat etwas Aehnliches gedacht. Ganz außer Bezug hierauf möchte ich Sie übrigens daran erinnern, Herr Hollfelden, daß irgend jemand in der Wohnung des Herrn Otto Martens gewesen ist, nachdem Sie den bewußten Zettel in den Türspalt geschoben haben."

Hollfeldens Hände ballten sich zu Fäusten, aber er blieb ruhig.

(Fortsetzung folgt.)

die beste und schlechteste Staatsform, je nach dem wie sie gehandhabt wird.

Auf die Geschichte der fremden Staaten hinweisend sehen wir, daß in der Schweiz, Amerika, England usw. wahre Volksmänner, die aus allen Schichten der Bevölkerung hervorgegangen sind, an der Spitze der Regierungen gestanden haben und noch stehen. Dann der Kampf um die Reichsfarbe. Die schwarz-weiß-rote Fahne wollen wir selbstverständlich als ein Wahrzeichen der Vergangenheit in Ehren halten. Aber heute haben wir schwarz-rot-gold und damit muß man sich abfinden. Unsere größten Dichter wie Fichte, Arndt, Hoffmann von Fallersleben, sie alle waren Demokraten. Als letzterer 1848 für das freie deutsche Reich eintrat, schickte man ihn in die Verbannung, aus der er dann das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" dichtete. In diesem Lied halten auch wir fest, weil es ein deutsches Lied ist und von einem deutschen Dichter geschaffen wurde. Der Aufbau der deutschen Wirtschaft muß erfolgen, weil wir leben müssen. In Verbindung hiermit taucht die Frage des Sozialismus resp. Sozialisierung auf. Die Sozialisierung im Sinne Marx würde auch an der Lage der Arbeiter und Angestellten nichts ändern. Anstelle des Unternehmers würden die Generaldirektoren, Direktoren usw. in Staatsbeamteneigenschaft treten und eine größere Bürokratisierung als bisher würde Platz greifen. Einen fördernden Ausgleich bildet schon das Betriebsrätegesetz, das der Rechten zu weit, der Linken nicht weit genug ging. Durch die Zusammenfassung gewaltiger Industriezweige in Konzerne wird die Entwickelung zurückgedrängt. Ihre Wirkungen auf die weiter verarbeitende Industrie sind verhängnisvoll. Die Bildung von Syndikaten könnte hier vermittelnd eingreifen und zum Nutzen der Allgemeinheit wirken. Die demokratische Partei, in der alle Bevölkerungsteile vertreten sind, tritt für die Handwerker und Kleinbetriebe ein. Eine Partei, die nur einen Stand vertritt, ist keine Partei, sondern eine Interessenvertretung. Dem Volke müssen größere Bildungsmöglichkeiten, den Volksschullehrern größere Entwickelungsmöglichkeiten gegeben werden. Die Staatsbürgerkunde muß mehr Eingang im Volke finden. Wir treten ein für Einheitsschule und Gemeinschaftsschule. Bei Fragen für Bildung und Kultur darf nicht gespart werden, trotz unserer schlechten finanziellen Lage. Die Aufgaben Preußens: Hier gilt in erster Linie der alte Ruf: Preußen darf nicht zerschlagen werden. Die Ablösungsbestrebungen müssen einmal aufhören. Die Reichsregierung und die preußische Regierung sollten verständnisvoll Hand in Hand arbeiten, statt sich ständig zu bekämpfen. Den einzelnen Ländern bezw. Provinzen muß grundsätzlich eine Erweiterung der Selbstverwaltung zugestanden werden. Dagegen ist die Reichsgewalt auf Kosten der Länder zu stärken. Unser Ziel ist der große deutsche Einheitsstaat.

Die vortrefflichen Ausführungen sind bei den Versammlungsteilnehmern nicht ohne Eindruck geblieben und sie wissen, welche Entscheidung am 20. Februar zu treffen ist. h—g.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 14. Februar.

— **Persönliches.** Der Beamten-Anwärter Karl Krentz von hier, Hagener Str., bestand seine erste Verwaltungsprüfung vor der Prüfungskommission in Arnsberg mit dem Prädikat „Gut".

— **Zentrumswahlverein.** Alle christlichen Wähler und Wählerinnen, alle Freunde und Gönner der christlichen Anschauung seien nochmals an die heute abend 8½ Uhr bei Schilken stattfindende Rede des Professors Dünnebacke erinnert. Erscheinen: Ehrenpflicht.

— **Zu der Jahreshauptversammlung der Freiw. Feuerwehr** unserer Stadt am Samstag den 12. Februar waren die Mitglieder fast vollzählig erschienen. Infolge des erkrankten Oberbrandmeisters Starkow übernahm Brandmeister Hoppe die Leitung und sprach zunächst herzliche Glückwünsche zum Jahreswechsel aus, daran die Hoffnung knüpfend, daß es dem allverehrten Oberbrandmeister Starkow vergönnt sein möge, sich der Wehr recht bald wieder widmen zu können. Nach dem Jahresbericht ist ein kleiner Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, der aber immer noch als ungenügend bezeichnet werden muß. In einer Jahreshauptversammlung, 2 Kommandositzungen und mehreren Beratungen wurde der geschäftliche Teil erledigt. Zur Schulung dienten 3 Uebungen, 1 Uebungsmarsch und 1 Appell. 3 Brände, davon einer in Haßlinghausen, waren zu bekämpfen. Bei einem Fabrikbrand brauchte die alarmierte Wehr nicht auszurücken weil das Feuer durch Selbsthilfe gelöscht werden konnte. Auszeichnungen erhielten: Wilh. Großbach für 30, Th. Niggeloh für 25, W. Steuernagel, Aug. Motschmann und Hugo Boeck für 20, Fritz Wendel und Wilh. Willein für 15jährige Dienstzeit. Durch Tod verlor die Wehr die rührigen Kameraden Joh. Mosel und Wilh. Bertram. Die Revisionskommission hat im großen und ganzen alles in Ordnung gefunden. Sie drückte ihr Erstaunen darüber aus, daß die von der Stadtverwaltung bereitwilligst genehmigten 500 Meter Schlauch, die der Wehr so dringend notwendig fehlten, noch nicht zur Stelle waren. Mißmut erregte, daß dem Kommando die selbständige Beschaffung dieser Schläuche genommen worden ist und wurde stürmisch verlangt, Einspruch zu erheben gegen diesen Eingriff in von jeher bestehende Rechte der Wehr. Nachdem Kassierer Riggeloh den Kassenbericht erstattet und dem Kommando die Entlastung ausgesprochen war, schritt man zu den Wahlen. Dieselben ergaben ein erfreuliches Bild der Einigkeit, indem alle Ausscheidenden durch Akklamation wiedergewählt wurden und zwar: L. Hoppe Brandmeister, Fritz Bick 1. Spritzenführer, Ed. Rosenbahl 1. Hydrantenführer und Hugo Wippermann 1. Hornistenführer. An die Stelle des verstorbenen 1. Führers der Ordnungsmannschaft rückte der seitherige 2. Führer H. Bremke auf und an dessen Stelle wählte die Versammlung den Kameraden Gust. Huchel neu in das Kommando. Die jetzt schon seit 16 Jahren mit Umsicht ihres Amtes waltende Revisionskommission nahm das ihr aufs neue angetragene Mandat ebenfalls wieder an. Die Fahnenträgerwürde bekam Kamerad Merpe, Stellv. Kamerad Adam. Als Vereinslokal bleibt das seitherige durch einstimmige Wahl bestehen. Zwecks Prüfung einer Aenderung der Sterbebeihülfskasse wird eine Kommission eingesetzt, bestehend aus 3 Mitgliedern des Kommandos und einem Kameraden aus jeder Abteilung. Dieselbe Kommission soll auch die Vorbereitungen treffen für eine zum 3. April beschlossene Festlichkeit. Man war allgemein der Ansicht, daß die Wehr nach so viel Jahren der Pause auch mal wieder an die Oeffentlichkeit treten müsse, um gleichzeitig mit die der Feier den Angehörigen der Wehr etwas zu bieten, was als ein nicht abzusprechendes Recht anerkannt werden muß. Zur Uebernahme des vom Kreis-Feuerwehrverband angetragenen Verbandsfestes konnte man sich der hohen Kosten wegen nicht entschließen, dagegen soll dem Kreisverband die Bereitwilligkeit mitgeteilt werden, einen Kreis-Verbandstag anzunehmen. Nach eingehenden und recht lebhaften Besprechungen innerer Wehrangelegenheiten konnte die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen werden.

— **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Zu der von uns in unserer vorgestrigen Ausgabe unter vorstehender Stichmarke gebrachten Notiz läßt die Stadtverwaltung uns um die ergänzende Mitteilung bitten, daß an amtlicher Stelle von einer Erhöhung der Unterstützung nichts bekannt und daß persönliche Nachfrage bei dem Erwerbslosenfürsorge-Amt zwecklos ist. Eventuell eintretende Erhöhungen werden alsbald öffentlich bekannt gemacht.

— **Die Lohnstreitigkeiten im Malergewerbe.** Aus Dortmund wird uns berichtet: Aus dem Reichskommissariat wird folgende Meldung verbreitet: Am 14. Dezember 1920 war zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Malerinnungsverband und dem Verband der Arbeitnehmer eine Lohnzulage von 30 Pfg. die Stunde für das ganze Gebiet des Malerinnungsverbandes vereinbart worden. Die Orte Hagen, Buer, Bottrop, Gladbeck, Barmen, Cronenberg, Elberfeld, Gevelsberg, Lennep, Remscheid, Ronsdorf, Solingen, Velbert, Hohwinkel, Wermelskirchen, Haspe, Hohenlimburg und die Malermeister in Recklinghausen, Herdecke, Horstermark und Langerfeld weigerten sich, diese Lohnzuschläge zu zahlen. Der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz von Kommissar mann als Vertreter des Reichs- und Staatskommissariats Mehlich entschied jetzt, daß auch in diesen Gebieten die 30 Pfg. Zulage ab 1. Januar 1921 zu zahlen ist.

— **Festsetzung der Geltungsdauer der Vollmachten und Erklärungen der Güterempfänger.** Auf Anordnung des Versicherungsamtes in Hagen ist die Geltungsdauer der Vollmachten und Erklärungen der Güterempfänger, die ihre Stückgüter selbst oder sich anderer als der bahnamtlich bestellten Rollfuhrunternehmer bedienen, auf 3 Kalenderjahre festgesetzt worden. Die Erneuerung hat innerhalb 14 Tage zu erfolgen.

— **Lohnabzug.** Die Auffassung, daß nur der Grundlohn und nicht auch der Akkordlohn dem Steuerabzug unterworfen sei, ist unrichtig. Der in der im allgemeinen als regelmäßig anzusehenden 8-stündigen Arbeitszeit verdiente Akkordlohn unterliegt dem Steuerabzug ebenso wie der Grundlohn. Nur Entlohnungen für Ueberstunden, Ueberschichten, Sonntagsarbeiten und für sonstige, über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Leistungen sind bis auf weiteres abzugsfrei zu lassen.

— **Beförderung der Telegramme auf dem Draht- oder Funkwege.** Im Telegrammverkehr innerhalb Deutschlands sowie mit den europäischen Ländern hat sich die Telegraphenverwaltung im allgemeinen die Wahl unter den zu benutzenden Verkehrsmitteln (ob Draht- oder Funkweg) vorbehalten. Befürchtet jedoch der Absender ein Mißbrauch seines Telegrammes durch Unbefugte und zieht er deshalb die Drahtbeförderung vor, so muß er im Telegrammformular an der für die Wegangabe vorgesehenen Stelle den gebührenfreien Vermerk „Draht" niederschreiben. Bei Telegrammen, die über Deutschland hinaus nach europäischen Ländern gerichtet sind, ist in diesem Fall entsprechend den Beschlüssen der Europäischen Verkehrskonferenz in Paris vom Juli 1920 das Wort „sil" anzuwenden. Ebenso bestimmt die Telegraphenverwaltung im Telegrammverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika bis auf weiteres die Uebermittelungsart, wenn der Absender weder die Drahtbeförderung durch Angabe eines der in der „Gebührentafel für Telegramme" enthaltenen Wege noch den Funkweg durch den gebührenfreien Vermerk „Funk" an der für die Wegeangabe vorgesehenen Stelle vorgeschrieben hat.

— **Zigarettenschmuggel und Zigarettensteuer.** Man schreibe der „Köln. Ztg." aus Fachkreisen: Vom 1. April d. J. an soll die Zigarettensteuer um 20 o. H. erhöht werden. Damit hat man den Interessen des Reichs sowohl wie denen der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Das Reich hat es bisher nicht verstanden, durch Ueberwachungsmaßnahmen des gewaltigen Umfangs des Schmuggels an der deutsch-holländischen Grenze in Zigaretten Herr zu werden. Bei dem Umfang, den dieser Schmuggel angenommen hat — täglich werden wohl Millionen [illegible] Zigaretten nach Deutschland geschmuggelt —, müssen alle Ueberwachungsmaßnahmen mehr oder weniger zur Wirkungslosigkeit verurteilt sein. Die kleine Anzahl von Zollbeamten, die nach dem Friedensvertrag nicht vermehrt werden darf, vermag nicht der widerrechtlichen Einfuhr Herr zu werden; auch die fliegenden Kolonnen an der Grenze können keine wirkungsvolle Arbeit leisten. Der Betrag in Mark, der für eingeschmuggelte Zigaretten in Deutschland bezahlt wird, geht wahrscheinlich weit über eine Milliarde. Die Steuer, die durch die widerrechtliche Einfuhr dem Reich entgeht, beträgt Hunderte von Millionen Mark. Man sollte unter diesen Umständen glauben, daß das Reich alle Mittel ergreifen würde, um den Schmuggel zu unterbinden. Das einzig wirksame Mittel aber ist die Möglichkeit für die deutsche Industrie, eine billige Zigarette herzustellen. Diese Möglichkeit ist indessen der Industrie durch die Erhöhung der Steuer noch mehr genommen, als es vorher der Fall war. Durch die Erhöhung der Steuer erfährt der Schmuggel naturgemäß einen neuen Anreiz, da seine Gewinnaussichten erhöht werden. Solange die maßgebenden Instanzen sich nicht dazu aufschwingen können, Finanzpolitik mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik zu verbinden, wird der Schmuggel an der Grenze weiter blühen. Abgesehen von dem großen volkswirtschaftlichen Schaden, den der Schmuggel aber mit sich bringt, wird das Reich einen unmittelbaren Nachteil und finanziellen Ausfall von der Erhöhung der Steuer haben, denn der Bedarf, der durch die eingeschmuggelten englischen Zigaretten gedeckt wird, kann die deutsche Industrie nicht mehr befriedigen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß das Verhältnis der Belastung von Zigarette und Zigarre sehr zuungunsten der ersteren verschoben worden ist. Mit dem Tabaksteuergesetz vom 12. September 1919 ist zwar für die Zigarre die Banderole eingeführt worden. Durch die Ermäßigung von 75 v. H., die der Zigarre aber eingeräumt worden ist, ist tatsächlich [illegible] Belastung noch geringer, als sie es vor [illegible] der Zigarrensteuer gewesen ist. Glaube [illegible] in der Zigarette ein tragfähiges Steuerobjekt zu besitzen, so möge man dieser Industrie die Lebensbedingungen geben, die sie unbedingt braucht.

*

* **Milspe,** 14. Febr. Am Mittwoch den 15. ds. Mts. nachmittags 4 Uhr findet in der Harkortschule in Milspe von der Mütter-Beratungs- und Säuglings-Fürsorgestelle ein Sprechtag statt. Mütter, welche für die Pflege und Aufwartung ihrer Kleinen Rat brauchen, können dort unentgeltlichen bekommen und werden gebeten, diese nützliche Einrichtung nach Möglichkeit zu benutzen.

Westfalen und Rheinland.

* **Iserlohn,** 13. Febr. 400 000 Mk. Defizit haben die Westf. Kleinbahnen, die, wie bereits gestern gemeldet worden ist, ihren Personenverkehr auf der Strecke Hohenlimburg-Letmathe-Grüne-Iserlohn-Hemer-Altena am 21. d. M. einstellen, im letzten Jahre gehabt. Nach Eintritt der vom Reichskommissar durch Schiedsspruch zugebilligten Lohnerhöhung wird das monatliche Defizit 86000 Mark erreichen. Augenblicklich finden Verhandlungen der Kleinbahnen mit den Stadt- und Landkreisen statt, damit die Gemeinden künftig auf die von der Straßenbahn zu leistenden Abgaben verzichten. Der Fehlbetrag würde sich hierdurch allerdings verringern, aber lebensfähig würde das Unternehmen doch noch nicht sein.

* **Witten,** 11. Febr. Die sozialistische Mehrheit des Gemeinderats in Herbede hatte für die Besetzung der Amtmannsstelle den Redakteur Wiesenkämper in Bochum vorgeschlagen. Als der statt dessen bestellte kommissarische Amtmann, Kreissekretär Möller (früher in Schwelm), sein Amt antreten wollte, demonstrierten die sozialistischen Gemeindevertreter, indem sie den Saal verließen. Nach ihrer Rückkehr tadelte der Gemeindevorsteher in scharfen Worten die Nichtberücksichtigung des Vorschlages der Mehrheit. Die letztere erklärte, wenn sich herausstellen sollte, daß ihr Vorschlag einfach übergangen und gar nicht Erwägung gezogen worden sei, so würden die sozialistischen Gemeindevertreter ihr Verhalten danach einrichten.

* **Düsseldorf,** 13. Febr. Beim Mieterschutzverein im Hansahaus sind umfangreiche Unterschlagungen festgestellt worden. In der Hauptsache handelt es sich um Gelder, die von Mietern bei Mietsstreitigkeiten bei der Geschäftsstelle des Mieterschutzvereins hinterlegt worden sind, ferner um Beträge zur Beschaffung von Kats usw. Die Meldung von den Vorgängen veranlaßte zahlreiche Mieter, zu der Geschäftsstelle des Vereins vor das Hansahaus zu eilen, um womöglich ihre eingezahlten Gelder zurückzuerhalten. Da die Geschäftsstelle sofort geschlossen worden ist, fanden auf der Straße oft Ansammlungen und Kundgebungen statt. Soweit bis gestern abend festgestellt werden konnte, beläuft sich ft. „Düsseldorfer Nachrichten" der von dem vorläufig verhafteten Geschäftsführer des Vereins, Benno Fröglich, veruntreute Betrag auf rund 50 000 Mark. Die Unterschlagte wurden entdeckt, als einige Handwerker, die schon lange auf die Begleichung ihrer Forderungen warten, energisch auf Bezahlung drängten. Fröglich, der früher Gerichtssekretär war, soll das Geld vertrunken haben. Sehr schwierig gestaltet sich die Frage, wer den Schaden zu tragen hat, worüber es zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen dürfte.

Diebstahl an unsern Lebensmitteln.

Auszug aus dem Nachrichten-Blatt der Amerikanischen Kinderhilfskommission der rel. Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika, Nr. 4 vom 3. Februar 1921.

Mehr und mehr machen wir die uns sehr enttäuschende Erfahrung, daß unsere Lebensmittel, die doch ausschließlich für unterernährte Kinder bestimmt sind, bei dem Transport von Hamburg nach den verschiedenen Ortslagerhäusern aus den Waggons gestohlen wurden.

Wir glauben, daß, wenn erst einmal weiten Kreisen bekannt würde, wieviel in der letzten Zeit gestohlen worden ist, die öffentliche Meinung sich geschlossen gegen diese Diebstähle wenden und ihre besonders scharfe Verurteilung verlangen würde.

Man sollte denken, daß selbst diejenigen, die an Stehlen gewöhnt sind, zaudern würden, sich an Liebesgaben zu vergreifen, die den schwächlichsten und elendesten der Kinder zugedacht sind.

Leider, der in unserer Arbeit steht, weiß, daß sehr viele Diebstähle in den letzten Monaten vorgekommen sind. Innerhalb der Zeit vom 26. September bis 31. Dezember 1920 sind allein in unserm Bezirk gestohlen worden:

Schmalz	343,0 Kg.	12 913,95 Mk.
Kakao	146,0 Kg.	2 759,40 Mk.
Zucker	891,0 Kg.	14 256,00 Mk.
7226 D. kond. Milch	2819,4 Kg.	116 856,68 Mk.
372 D. evap. Milch	167,4 Kg.	2 976,00 Mk.
Reis	326,5 Kg.	8 183,87 Mk.
Mehl	795,5 Kg.	8 050,46 Mk.
Erbsen	63,5 Kg.	619,12 Mk.
Bohnen	785,0 Kg.	7 674,75 Mk.
	6381,3 Kg.	169 289,73 Mk.

Wir hoffen, daß die deutschen Zeitungen es sich angelegen sein lassen werden, die öffentliche Meinung gegen diesen Raub an Gute der deutschen Kinder aufzurufen, sodaß derartige betrübende Diebstähle in Zukunft nachlassen. (Kein Wort schärfster, rücksichtslosester Verachtung einem elenden Diebesgesindel gegenüber, das sich an dem Eigentum der Aermsten der Armen, unserer unterernährten Kinder, vergreift, und auf diese Art Raubbau treibt, ist scharf genug, um als gemeingefährliche Gesinnungslumperei gebrandmarkt zu werden. Die Schriftl.)

Berufswahl.

Von Frau Else Dragos-Schwelm.

Zurückblickend auf die Zeit des Mittelalters findet man, daß damals wenig Veranlassung vorlag der Berufswahl besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da die Jugend gewissermaßen von selbst in den zukünftigen Beruf hineinwuchs. Es handelte sich bei Ergreifung eines Berufes meistens um vertraute Verhältnisse, die leicht übersehbar waren. Seit dem 19. Jahrhundert, nachdem die Großstädte aus der Erde wuchsen und das Großgewerbe eine immer größere Entwickelung erfuhr, liegen die Dinge wesentlich anders. Die Trennung von Arbeits- und Wohnstätte bedingte, daß die anschauliche Kenntnis der einzelnen Berufe und deren Anforderung nicht mehr wie ehedem Selbstverständlichkeit war. Infolgedessen kam es häufiger zu Mißgriffen bei der Berufswahl, die dazu führten, daß man, wenn auch erst allmählich, eine planmäßige Beratung der Jugendlichen ins Auge faßte und dieselbe seit den letzten Jahren als eine öffentliche Aufgabe erkannte.

In Anbetracht der demnächst zur Entlassung kommenden Schuljugend drängt sich den für die Gesundung unserer Volkswirtschaft besonders interessierten Kreisen die Frage auf, ob in diesem Jahre das Verständnis der Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten für die Ergreifung eines erlernten Berufes ihrer Kinder und Mündel größer ist wie in den vorigen Jahren. Durch den Krieg mit seinen Folgeerscheinungen ist nämlich die Lehrstellenübernahme und Lehrlingshaltung arg zurückgegangen. Die Ergreifung eines erlernten Berufes muß aber unbedingt angestrebt werden, da wir zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes und Gesundung unserer Wirtschaftsverhältnisse fast nur unsere Arbeitskraft haben und diese zur höchsten Entfaltung zu bringen, und aus dieser alles herauszuholen, was an Befähigungen in ihr schlummert, muß das Ziel der Berufsbildung unserer Jugend sein.

Infolge der ungünstigen Lebensbedingungen, die voraussichtlich auch so bald nicht beseitigt sein dürften, ist es manchen Eltern bei der besten Einsicht für die Zukunft ihrer Kinder nicht möglich, sie gelernten Berufen zuzuführen. Bei den Arbeitsnachweisen wird oft festgestellt, daß manche intelligente Kraft nur aus materiellen Gründen heraus sich mit schematischer, sie unbefriedigender Arbeit beschäftigen muß, während sie über Befähigungen verfügt, die ausgenutzt unserer Volkswirtschaft großen Dienst leisten könnten. Dauerabhilfe ist in solchen Fällen dennoch möglich ist, eventl. durch Unterstützung der betreffenden Familie, die Erlernung eines Berufes herbeizuführen, ist mit Aufgabe der Berufsämter, die nach dem Ministerialerlaß vom 18. 3. 19 von den Gemeinden beziehungsweise Gemeindeverbänden eingerichtet werden sollen.

Das Streben, die berufliche Arbeit so zu gestalten, daß sie innere Befriedigung, neben möglichster Auswirkung der Arbeitskraft, auslöst, ist tief berechtigt. Daher muß mehr wie bisher vor der Wahl eines Berufes erwogen werden, ob derselbe unter Berücksichtigung der persönlichen Eignung auch wirklich die Gewähr bietet, die Lebensberuf angesprochen zu werden. Dem Berufswechsel, der nicht nur für den Betreffenden, sondern auch für unsere Volkswirtschaft schädigend ist, soll durch eingehende, alle Berufe umfassende Berufsberatung vorgebeugt

werden. Es ist dringend zu empfehlen, in Orten, wo Beratungsstellen bestehen, die Einrichtungen recht ausgiebig zu benutzen.

Der Sport vom Sonntag.

Liga. Das Spiel

T. u. Sp. V. Gevelsberg — T. u. Sp. V. v. 1861 Lüdenscheid

endete mit einem Siege der Gevelsberger Mannschaft von 5:1. Halbzeit 2:1. Bedingt durch die Bodenverhältnisse zeigte die hiesige Mannschaft die Spielmethode nach süddeutschem Muster, das kurze Passpiel von Mann zu Mann. Die Zuschauer sahen ein schönes Spiel, welches von beiden Parteien fair durchgeführt wurde. In der zweiten Halbzeit war Gevelsberg stark überlegen.

Liga-Reserve. Das Spiel mußte infolge schlechter Platzbeschaffenheit ausfallen. Die 1. Jugendmannschaft verlor in Lüdenscheid knapp 2:1. Das verlustbringende Tor war ein Selbsttor des Torhüters kurz vor Schluß.

Das Propagandaspiel Lichtenplatz-Union Haspe gewann Lichtenplatz mit 5:1. Ein Spielbericht liegt nicht vor.

Sonstige Ergebnisse. V. f. L. 02 — V. f. B. Weidenau 1:0. Sports. Wetter — V. f. B. Weidenau 1:1. Rasensport Mülheim-Ruhr — Hagen 1860 1:2. Herdecke 1 — Vogelsang 1 5:1 (abgebrochen). Preußen Oberhagen — F. C. Boele 0:0. Sipo 1860 1 — Eppenhausen 2 5:3.

Westdeutschland—Süddeutschland am 27. Februar — Köln.

Der Süddeutsche Fußball-Verband hat bis jetzt folgende Termine für Spiele auserwählter süddeutscher Mannschaften gegen solche von ausländischen und Landesverbänden festgesetzt: 27. Februar gegen Westdeutschland in Köln, 27. und 28. März zwei Spiele in Italien, 8 April gegen Norddeutschland in Karlsruhe, 8. Mai gegen Niederösterreich in Fürth und gegen Deutsch-Böhmen in Ludwigshafen, 19. Juni gegen Norddeutschland in Hamburg, 26. Juni gegen Ungarn in Budapest, 29. Juni gegen Deutsch-Böhmen in Prag und am 14. August gegen Berlin in Stuttgart.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Montag, 14. Februar.

Zentrumspartei abends ½8 Uhr Wählerversammlung bei Julius Schilten. Redner Prof. Dünnebacke.

5. Winter-Vortrag in der Aula des Realgymnasiums abends ½9 Uhr. „Arnold Böcklin" (mit Lichtbildern.) Redner Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Burgk aus Aachen.

Zauberer- und Illusionist Biegini, heute, morgen und übermorgen abends 8 Uhr bei Hackenberg.

Bücherschau.

Vom gesunden und kranken Herzen von Univ. Prof. Dr. Kerschensteiner-München, 122 Seiten, 18 Abbildungen Preis gebunden 13,50 Mark (einschl. aller Zuschläge) Max Hesses Verlag, Berlin W 15. Nach einer kurzen anatomischen Einleitung bespricht der bekannte Münchener Herzspezialist die einzelnen Formen der Herzkrankheiten (Klappenfehler, Entzündungen, nervöse Störungen), verbreitet sich über die Gefäßerkrankungen, unter denen die Arterienverkalkung zu den zum Teil mit Unrecht gefürchtetsten gehört, bespricht die Folgezustände und Beschwerden der Herzkrankheiten (Atemnot, Herzbeklemmung, Pulsunregelmäßigkeiten usw.) und behandelt erschöpfend die Ursachen der Herzstörungen wie Gelenkrheumatismus und Gifte (Alkohol, Tabak, Kaffee usw.). Ein eigenes Kapitel ist der so häufigen Neurasthenie und ihren Folgeerscheinungen gewidmet. Den Beschluß bilden beherzigenswerte Ratschläge, als Frucht langjähriger Erfahrung. Ein empfehlenswertes Buch. S—v.

Deutsches Volk in Not.

Oberschlesien mit über 2 Millionen deutschdenkenden und deutschfühlenden Volksgenossen wendet sich in seiner Not an die Brüder im großen deutschen Vaterlande. Laßt es nicht im Stich! Auf sich selbst angewiesen ist es verloren, hilft das ganze deutsche Volk, wird es gerettet. Ueber 300 000 Abstimmungsberechtigte müssen nach der alten Heimat an die Wahlurne gebracht werden. Das erfordert für jeden eine Summe von 1500 Mark, berechnet die Ausgaben am Wohnort für Unterbringung zurzeit bleibenden Kinder, für Werbekosten, Verwaltungsausgaben usw. Alles muß bar bezahlt werden, auch die Eisenbahnfahrt, denn Reich und Staat dürfen nach den Bestimmungen des Versailler Friedens keinerlei Geldmittel zur Verfügung stellen. Durch private Spenden müssen die notwendigen Gelder aufgebracht werden. Aber nur wenige haben bisher etwas für diese „Grenzspende" getan! Jeder gebe! Einzahlungen auf das Konto „Oberschlesier" bei der Gewerbebank in Hagen i. W. oder der Geschäftsstelle der Gevelsberger Zeitung.

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Rosenbaum; für den Anzeigen- u. Reklameteil: Willy Herkenrath, beide in Gevelsberg.

Paul Arthur

Die Geburt eines prächtigen Stammhalters zeigen hocherfreut an

Alfred Holtschmidt und Frau
Paula geb. Suberg.

Radbod (Reg. Münster), 12. Febr. 1921. Hammerstr. 82.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 2 Uhr nahm der liebe Gott mein innigstgeliebtes Söhnchen, mein liebes Brüderchen, Enkel, Neffe und Vetter

Ewald

nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 8½ Jahren zu sich in die Ewigkeit.

Um stille Teilnahme bitten:

Ww. Ewald Degenhardt,
Clara geb. Zur Heide
Elli Degenhardt.

Gevelsberg, Solingen, Wetter, den 13. Februar 1921.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags 4¼ Uhr, vom Trauerhause Mittelstr. 23 aus, statt.
Trauerfeier ½ Stunde vorher.

Nachruf.

Am vergangenen Montag verschied plötzlich und unerwartet unser

Hilfsarbeiter

Heinrich Genuit

im Alter von 52 Jahren.

Er war uns ein treuer, fleissiger Mitarbeiter, der sich der Achtung und Beliebtheit bei Vorgesetzten und Arbeitskollegen erfreute. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Er ruhe in Frieden!

Kuth'sche Eisen- u. Stahlwerke
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Gevelsberg, den 13. Februar 1921.

Bekanntmachung.

Die Mehlmarken mit der Aufschrift „Brot oder Mehl" auswärtiger Kreise dürfen von den Bäckern und Brotverkaufsstellen nicht beliefert werden.

Schwelm, den 12. Februar 1921.

Kreislebensmittelamt.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. A, Nr. 560, ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft „Metallwarenfabrik und Drahtweberei Gebr. Schmidt & Co. zu Schwelm folgendes eingetragen:

Den Handlungsgehilfen August Feldhaus, Hermann Freudenberg und Friedrich Scheermann sämtlich zu Schwelm ist derart Prokura erteilt, daß je zwei von ihnen in gemeinsamen Handeln die Gesellschaft rechtsverbindlich zu vertreten und die Firma zu zeichnen berechtigt sind.

Schwelm, den 21. Januar 1921.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. A, Nr. 210, ist heute die am 1. Januar 1921 begonnene offene Handelsgesellschaft „Pathmann, Kroll & Pölling" zu Langerfeld eingetragen. Gesellschafter sind die Kaufleute Wilhelm Pathmann und Walter Kroll beide zu Barmen und die Handelsleute August Pölling sen. und August Pölling jun., beide zu Langerfeld.

Schwelm, den 29. Januar 1921.

Das Amtsgericht.

Dienstag, 15. Februar 1921, abends 8 Uhr,
im Saale des Hotels „Zur Hause":

Große Wähler-Versammlung

Redner:

Frau Käthe Rahmlow, Dortmund,
Herr Oskar Funcke, Hagen.

Wir laden unsere Mitglieder, Parteifreunde sowie alle deutschgesinnten Wähler und Wählerinnen herzu freundlichst ein.

Zur Deckung der Tageskosten 1 Mk. Eintritt.

Deutsche Volkspartei.

Deutsch-demokratische Partei
Gevelsberg.

Bezirksversammlungen

Dienstag, den 15. Februar, abends 8½ Uhr:
Bezirk 7 (Hoßlinghauser und Nebenstraßen) bei **W. Hammes.**
Bezirk 8 (Elberfelder und Nebenstraßen) bei **Louis Steede.**

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8½ Uhr:
Bezirk 5 (Mittelstr. 1—64 u. Nebenstraßen) bei **C. Schmeyer,** Mittelstr.
Bezirk 6 (Mittelstr. 65 bis Schluß und Nebenstraßen) bei **Jul. Schilten.**

Unsere Mitglieder und Parteifreunde, die uns bei der Wahl am 20. Februar behilflich sein wollen, sind herzu herzlich und dringend eingeladen.

Der Arbeitsausschuß.

Umnähen — Umpressen
von Damen- u. Herrenhüten auf allerneuste Form, zu billigsten Preisen.
Auch das Reinigen und Färben der Hüte wird übernommen.
Jahnstr. 5. **Erna Gräwe** Jahnstr. 5.

5. Winter-Vortrag

in der Aula des Realgymnasiums
am Montag, 14. Februar 1921,
abends 8½ Uhr:

Arnold Böcklin (mit Lichtbildern).

Redner: Herr Geheimrat
Professor Dr. Schmidt-Burgk, Aachen.

Einzelkarte 4 Mk. Schüler 2 Mk.

Bildungsverein in Milspe.

Mittwoch, den 16. Februar 1921, findet im Saale des Herrn Eduard Rosendahl, der

5. Vortragsabend

statt.

Thema:

Von Innsbruck in die Stubaier Berge und über den Brenner nach Bozen-Meran.

Mit 75 Lichtbildern.

Vortragender: Herr **Prof. Höfer, Schwelm.**

Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis 3.— Mk.

Kulturpolitik

Die Unterrichtsmittel werden immer teurer, das Schulgeld ist kaum noch erschwinglich. Wissenschaft und Fortschritt, Kunst u. Technik sind gefährdet. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang geht der geistige Hand in Hand. Was ist aus den Versprechungen der Novembermänner geworden? Wenn es so weitergeht, können nur noch Schieber und Wucherer ihren Kindern eine höhere Schulbildung zuteil werden lassen. Die von der preußischen Regierung betriebene Parteipolitik ist keine Kulturpolitik. Soll die deutsche Kultur noch gerettet werden, dann muß der 20. Februar der sozialistischen Mißwirtschaft in Preußen ein Ende machen u. eine Politik der Sachlichkeit u. des Schutzes geistiger Arbeit einleiten.

Deutsche Volkspartei!

Fuhrleute
zum Fahren von Sitzschede nach Vogelsang gesucht.
Friedr. Baumann, Telephon 546.

Tücht.
Modellschreiner
zum sofort. Antritt gesucht. Angeb. unter K. L. an die Geschäftsst. ds. Ztg. erb.

Ordentliches
Dienstmädchen
für Haus- und Gartenarbeit zum 15. M. 21 gesucht. Lohn 150.— Mark ohne jeden Abzug. Hilfe vorhanden.
Frau H. Lindenberg, Schwelm, Oberstraße 68.

Wegen Krankheit des letzigen suche auf baldmöglichst gesucht
Küchenmädchen,
die gut bürg. Kochen, Backen und Einmachen kann. Sehr gute Behandlung, Lohn u. Verpflegung (Zimmermädchen lang.) vorh.) Schriftl. Anz. mit Zeugnisabschr. erb. an
Frau Aug. Stock, Barmen, Schwerterstraße 12.
Nähe Bahnhof.

Zum baldigen Eintritt wird die hier in bestem Haushalt ein älteres ist Küche und Hausarbeit durchaus erfahrenes
Mädchen
gesucht. Vormittagsmädchen vorhanden.
Möllers Krone, Bahnhofstraße 62.

Jung. Morgenmädchen
für sofort gesucht.
Möllers Gasthof 4.

Suche für meinen Sohn zum 1. April oder später Lehrstelle bei einem tüchtigen Schlossermeister.
Angebote unter A. M. 26 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Junges Mädchen, 19 Jahre alt, sucht per sofort
sucht Stellung
in Privathaushalt.
Schulte, Stöckede 43.

Wohnungstausch.
Wer vertauscht seine 5 Zimmer-Wohnung gegen eine ebenwertige oder bessere moderne 3 Zimmer-Wohnung im neuen Hause Nähe Bahnhof, 1—2 Mansarden können coll. mitgemietet werden. Angebot unter B. 979 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

1 Hahn, 10 Hennen
schwarze Rheinländer (am liebsten) zu verkaufen. Auch sind junge Legehühner sowie Kapaun, ausnahmsweise keine alte abgelegte Tiere abzugeben. Gebe von meinen mit 1. Ehrenpreis prämierte schwarze Orpingtons Breieier ab.
Paul Altenhenne,
Hagener Str. 156, Schnellmark.

Günst. Gelegenheit!
Wegen Räumung meines Lagers, handgearbeitete modern angefertigte
Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtungen
billigst. **Rich. Reuscher,** Schreinermeister, Hagener Str. 241.

Doppelläufiges
Jagdgewehr,
Kal. 16 cm, Gew. 1.150 Mk.
1 Flobertbüchse,
9 mm, für 110 Mk. in Mark
Asbeck, Wittener Str. 23½.

30-Sechzig bester
Waldboden
auf 10 Jahren zu Parzellen- und Gartenzwecken zu verpachten. Gut Sandern Wilhelm Bockhacker.

Kaufe
getragene Garderoben, Möbel und Bettfedern.
Drucker, Haspe,
Kaiserstraße 11.
(Postkarte genügt).

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg
Die Uebungsstunde
des Kirchenchors Vogelsang findet diese Woche nicht Dienstag, den 15. Februar, abends 8½ Uhr statt.

Bekanntmachung.
Geld gefunden.
Gevelsberg, 11. Febr. 1921.
Die Polizeiverwaltung.

Preiswertes Angebot
in prima
Herren- und Damen-Stoffen
Preislagen: 55.-, 65.-, 78.- bis 210 Mark.
Nessel 80—86 cm breit, 12.50, 10.50 **9.50**
Herrendtuch 80 cm breit, 18.75 **17.50**, 14.50 **12.50**
Reine Wolle 10 Lot, 19.50 **15.50**
Alb. Sondermann,
Gevelsberg
Mittelstraße 81.

Neuheiten in Kunst-Postkarten
in großer Auswahl.
Ad. Strathmann
Jahnstr. 3. Knappe, Mittelstr. 47.

Zu verkaufen:
2 Küchenstühle, 1 Kleiderschrank, 1 Kommode, 2 Tische, Stühle, bl. heller Eiche, neuer Anzug u. Ueberzieher 600 Mk., Jackenkleid Gr. 44 300 Mk. Winkelstr. 11.

Metallbetten,
Stahldrahtmatratzen, Aufarbeiten, Polster an Jedermann, Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Junge Witwe 46 Jahre alt, wünscht Bekanntschaft mit einem einfachen Arbeiter im Alter 48—50 Jahren zwecks späterer Heirat.
Gefl. Zuschriften an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Ein künstl. Zahngebiß
in der Haltung verloren.
Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle.